

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Müllgebühren sollen steigen

Im Gespräch: eine 50%ige Gebührenerhöhung ab 2006.

Die Diskussion um den Müll hat einen entscheidenden Denkfehler. Nicht die Müllvermeidung steht im Vordergrund, sondern die Beseitigung. Die Erklärung ist einfach. Mit Müllvermeidung ist kein Geld zu verdienen, aber mit der Beseitigung. Wer das Thema Jahrzehnte lang mit erlebt hat, könnte Bücher darüber schreiben. „Irrungen und Wirrungen“ (immer begleitet von den neuesten „wissenschaftlichen“ Erkenntnissen).

Ein Manko des derzeitigen Müllkonzeptes war, dass Firmen sich aus der kommunalen Entsorgung ausklinken konnten, indem sie ihren Abfall – oft gleichartig wie Hausmüll – zu Wertstoffen deklarierten und von Billiganbietern entsorgen ließen. Diese Einnahmen fehlen aber den Riedwerken und diese gestalten ihrerseits die Preise entsprechend.

Mittlerweile wird Müll per Lkw durch halb Europa gefahren. Auch auf der Kreis-  
mülldeponie in Büttelborn wird „Billigmüll“ abgelagert, oft zu einem Fünftel des Preises, den hiesige zu zahlen haben. Bis aus Italien werden Müllmengen akquiriert.

Eine neue Wende wird Mitte des Jahres eingeleitet mit der Einführung der TASI (Technische Anleitung Siedlungsabfall). Dann ist es nicht mehr erlaubt Hausmüll unbehandelt auf Deponien zu entsorgen. Der Kreis Groß-Gerau hat keine eigene Müllverbrennungsanlage, muss also anderswo verbrennen lassen. (Die Ausschreibung läuft.)

Der Kreis hat aber ein Problem; er besitzt eine große, für viel Geld nach neuesten Erkenntnissen angelegte Mülldeponie. Sie belastet noch über zehn Jahre den Riedwerkehaushalt per Abschreibung und Anlageverzinsung. Deswegen ist

eine Kooperation oder Verschmelzung mit einem anderen Entsorger auch so schwierig.

Ein weiteres Problem der kreiseigenen Riedwerke ist das durchaus verständliche Verhalten mancher Kommunen. Rüsselsheim z. B. entzieht dem Kreis ihre Müllmenge und entsorgt anderswo zu günstigeren Preisen. Dem will man nun begegnen durch das Splitten der Müllgebühren. Ein Festpreis pro Einwohner und ein Leistungspreis je Tonne Müll. In der Diskussion ist eine 70/30- oder 50/50-Regelung. Der Kreistag wird darüber entscheiden.

Mit dem Splitting könne der Tonnagepreis von jetzt 205 auf 150 Euro gesenkt werden. Und dadurch wäre die Deponie konkurrenzfähig für gewerbliche Abfälle.

Die einzelnen Kommunen behalten jedoch ihre eigene Müllkonzeption und Gebührenregelung. Entscheidend ist aber, dass man mit den jetzigen Einnahmen - auch mit dem „Splitting“ – nicht auskommt. Man spricht, wie gesagt, von einer 50%igen Gebührenerhöhung ab 2006, die die Kommunen dann ihrerseits an die Bürger weitergeben werden.

rd-rh

### Arme ärmer, Reiche reicher

**Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat bei Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden heftige Kritik an der SPD-Grünen Politik ausgelöst.**

**Fakt ist: In der Bundesrepublik leben mehr als zehn Millionen Menschen unter der Armutsgrenze. Damit stieg die Quote seit 1998 von 12,1 auf 13,5 Prozent. Einem sehr hohen Risiko sind Erwerbslose ausgesetzt: Gehörte 2001 noch jeder dritte ohne Job zu den Armen, sind inzwischen mehr als 40 Prozent der Arbeitslosen unter die Armutsgrenze gerutscht. Stark betroffen sind auch allein Erziehende und Migranten. Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verfügt. Bei einem allein lebenden Menschen sind das 938 Euro im Monat. In den letzten vier Jahren hat sich auch die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Dem Bericht zufolge stieg beim oberen Zehntel der Bevölkerung der Anteil am privaten Vermögen von 44,4 auf fast 47 Prozent; der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung sank dagegen von 3,9 auf 3,8 Prozent. Die Kirchen sprachen in einer Erklärung von einem „Skandal“ und forderten vor allem Anstrengungen zur Verringerung der Kinderarmut. Immerhin 18 Prozent aller Kinder unter 15 gelten laut Bericht als arm. Von 100 Kindern aus armen Familien schaffen nur elf einen akademischen Abschluß, von 100 Kindern aus Familien mit hohem Einkommen dagegen 81. Es wird wieder einmal deutlich: Wir leben in einer Klassengesellschaft und der Armuts- und Reichtumsbericht ist ein Armutszeugnis für diese Regierung und unser Land.**

# Schon wieder mehr Arbeitslose

Erwerbslosigkeit wie in der Weimarer Republik. Offiziell sind nun 5.216.000 ohne Arbeit. Dazu kommen viele die gar nicht mehr mitgezählt werden. Auch im Kreis Groß-Gerau steigen die Arbeitslosenzahlen, sie liegen jetzt bei 8,7%.

Die zuständige Bundesagentur für Arbeit mußte einräumen, daß selbst nach ihrer Zählweise nahezu jeder achte erwerbsfähige Bundesbürger ohne bezahlten Job ist. Fakt: Die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Erde braucht Millionen ihrer Bürger nicht. Man ist ja schließlich Exportweltmeister und das sichert die Super-Einkünfte der Oberschicht.

Die meisten der offiziell über fünf, real wohl mehr als acht Millionen Erwerbslosen haben Familie. Keine bezahlte Arbeit zu haben ist nicht nur eine Bürde für die Betroffenen. Die gesamte Situation bewirkt das Sinken der Massenkaukraft, läßt die Binnenwirtschaft weiter schrumpfen, was weitere Jobs gefährdet.

Änderungen sind nicht zu erwarten. Das beweisen nicht nur die steigenden Gewinne der Konzerne und die überdurchschnittlich steigenden Einkünfte der Besserverdienenden. Vor allem die Sprüche verantwortlicher Politiker zu diesem Thema ersticken jede Hoffnung im Keim. Minister Clement machte die Statistik als Schuldigen aus. Nicht besser die Opposition. Die schreit allenfalls nach noch mehr Markt. Beklagt wird jetzt, „dass der Binnenmarkt nicht in Schwung kommt.“ Gleichzeitig gibt es erneut Forderungen nach einer Senkung der Unternehmenssteuern. Als hätte man nicht schon in der Vergangenheit diese Herrschaften großzügigst bedient. Es lassen sich halt herrliche Profite machen mit der millionenstarken Reservearmee von Arbeitslosen. Es wird Zeit, dass mehr Menschen darüber nachdenken ob der Kapitalismus die Probleme überhaupt lösen kann. Wir denken, er kann es nicht. rh



23. Februar 2005. Beim Protest gegen Bush in Mainz fotografiert.

## Not Welcome Mr. Bush!

Es ist schon wieder ein paar Wochen her. Unvergessen die Sicherheitsmaßnahmen die eine ganze Region lahmlegten. Der Ärger darüber war berechtigt. Aber an diesem Tag gab es mehr als Verkehrsbehinderungen. In Mainz demonstrierten trotz aller Absperrmaßnahmen 15.000 Menschen gegen Bush.

Einige sagen: Gut, dass Gerhard und George wieder Freunde sind, sozusagen ein Kopf und ein Arsch. Festzuhalten ist: Bush wurde mit devoter Höflichkeit empfangen. Die Medien überschlugen sich und nannten Bush den wichtigsten Mann der Welt - besser wäre zu sagen, er ist einer der gefährlichsten Männer der Welt. Das Sicherheitsaufgebot für den Bush-Besuch verweist aber darauf, dass dieser amerikanische Präsident wie kein anderer vor ihm für die zunehmende Spaltung der Welt in Arm und Reich steht, für die ungehemmte Ausplünderung der Ressourcen des Südens, des Erdöls, des Wassers und anderer Rohstoffe, für die hartnäckige Weigerung sich am globalen Klimaschutz zu beteiligen und für den ungebrochenen Willen, jederzeit und überall auf der Welt mit oder ohne Zustimmung der Völkergemeinschaft militärisch zu intervenieren. Er steht dafür, die Interessen transnationaler Konzerne ohne Rücksicht auf menschliches Leid und Völkerrecht durchzusetzen. Gut, dass es viele Leute erkennen und bereit sind gegen eine solche Politik auf die Straße zu gehen. rh

## Jeden Tag eine neue Hiobsbotschaft

Offiziell sind nun 5.216.000 ohne Arbeit. Darin nicht eingerechnet die vielen in der Warteschleife, die sich von der Arbeitsagentur in Weiterbildung oder sonstwo, nur nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis befinden. Dazu kommen noch diejenigen, überwiegend Frauen, die gerne berufstätig wären, aber auf Grund ihres Alters (heute schon ab 45) sich kaum noch Chancen ausrechnen einen Arbeitsplatz zu bekommen und resignieren. Diese Personen alle eingerechnet ergibt schnell eine Gesamt-Arbeitslosenzahl von 7-8 Millionen.

Trotz der immensen Steuererleichterungen, und zurückgehenden Lohnnebenkosten (zu Lasten der Arbeitnehmer), geringerem Kündigungsschutz, längerer Arbeitszeit (bei gleichem Lohn) und was sonst noch alles von den Arbeitern und Angestellten geschluckt wurde um den Arbeitsplatz zu retten, sind Entlassungen an der Tagesordnung.

Wer morgens die Tageszeitung aufschlägt, kann immer neue Hiobsbotschaften aus den Bankentürmen, Konzerntagen aber auch von vielen Mittel- und Kleinbetrieben lesen. Dabei ist es oft nicht so, dass die Firmen oder Banken sich in Schwierigkeiten oder sich kurz

vor der Insolvenz befinden würden, nein es ist die Sucht nach noch höheren Gewinnen die sie antreibt. Dabei wird, wenn der Druck auf die Belegschaft und auf die Regierung nicht genügend Erfolg zeigt, die Verlagerung ganzer Betriebszweige in Niedriglohnländer angedroht und vorgenommen.

Die täglichen Meldungen von Entlassungen zeigen wie rasant und ansteckend dieser Virus um sich greift. Deutsche Bank = 6400, Schering = 1250, Schreiber (Nauheim) = 58, Miele = 1100, Rowenta = 215, Siemens-SBS = 1000, Infineon = 800, Linde = 800. Dazu kommt Opel (6000) und täglich neue Namen und neue Zahlen.

Hierzu kaum ein kritisches Wort aus der Regierung und schon gar keins von CDU/CSU und FDP.

Viele junge Menschen finden keinen Ausbildungsplatz, wer mit 45 Jahren seine Arbeit verliert hat kaum noch Chancen eine neue zu finden. Wie soll diese Entwicklung weiter gehen?

Nur starke Arbeitnehmerorganisationen, stärkere Gewerkschaften, die von ihren Mitgliedern zu mehr Druck gegenüber dem Kapital veranlaßt werden, und auch Wahlen, bei denen Parteien links der SPD deutliche Stimmengewinne verzeichnen, können an dieser Entwicklung etwas ändern. Heinz Hechler

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



## Schwachsinn

„Flüge in die beliebtesten Shopping-Paradiese der Welt.“ Dann die Luft-hansa-Preise: u. a. „Shanghai 569,- Euro - ein Schnäppchen.“

Für einen solchen Schwachsinn braucht man dann immer mehr und größere Flughäfen. Was macht's da schon, wenn die Wälder verschwinden und sich die Klimakatastrophe auswächst.

Wie gesagt, Schwachsinn. Aber halt auch: Alltag im Kapitalismus.

## Leserbrief

10. Februar 2005: Eine iranische Frau (Zahra Kameli), in Deutschland Christin geworden, die ihren Mann verlassen hat, den sie mit 16 Jahren gegen ihren Willen heiraten mußte und deshalb von Steinigung bedroht ist, wenn sie in den Iran verbracht wird, wartet im Flughafen Terminal 1, von deutschen Richtern ausgewiesen, von deutschen Beamten bewacht, auf ihren unfreiwilligen Flug in den Tod. Knapp siebzig Menschen, die meisten davon Iranerinnen, wenden sich im Terminal 1 an die Passagiere der Maschine, die um 18 Uhr nach Teheran starten soll, um diese über die Verschleppung zu informieren. Der Pilot weigert sich, die Frau mitzunehmen. Der „gute Nachbar“ Fraport erstattet Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. 63 Menschen werden von der Polizei eingekesselt und in Gefangenentransportern ins Polizeipräsidium geschleppt. Wir müssen dort in gekachelten Arrestzellen die Nacht über ohne Schuhe auf kalten Betonpritschen auf die Polizeifotos und die Abnahme von Fingerabdrücken warten. Minderjährigen iranischen Mädchen wird

der Kontakt zu ihren Eltern verweigert. Essen und Getränke werden uns nicht angeboten. Dennoch sind die Beamten im Polizeipräsidium ungewohnt höflich, sie zeigen teilweise Achtung für unsere Zivilcourage. Sie haben weder die gekachelte neonbeleuchtete Arrestmaschine erfunden, noch die Abschaffung des Asylrechts. Sie „tun nur ihren Job“. Die Bevölkerung der Region nimmt keine Notiz von den Internierungslagern für Ausländer. Ein großer Teil von ihr applaudiert, wenn Asylbewerber abgeschoben werden.

Die rotgrüne Bundesregierung unter dem ersten Kriegskanzler seit Hitler versendet mittlerweile deutsche Schweißfüße in Soldatentiefeln von deutschen Flughäfen aus in alle Welt. Auch die Waffenexporte haben unter der Regierung der Kriegsdienstverweigerer ungeahnte Dimensionen erreicht. Und die versprochenen Arbeitsplätze düsen über der krebisgeplagten Bevölkerung davon in Billiglohnländer.

Als wir aus dem Gitterkäfig vor dem Eingang des Polizeipräsidiums entlassen werden, schwebt im Nachthimmel über dem Dornbusch an Baukränen die Leuchtreklame der Firma Züblin. Als wir morgens unsere Fahrräder vor dem Terminal 1 losschließen, sehen wir Plakate, auf denen abhängig Beschäftigte für ein kleines Zubrot den weltoffenen Frankfurter Flughafen loben. ...

Björn Doland, Erich Schaffner,  
Martin Wilker, Mörfelden-Walldorf

## Bleiberecht und Hausverbot

Der politische Druck, die Demonstrationen und ein mutiger Pilot haben dafür gesorgt, dass die Iranerin Zahra Kameli mittlerweile Bleiberecht in unserem Land erhielt.

Zurecht gab es im Fernsehen und in Zeitungen ein dickes Lob für die Demonstranten die so die Abschiebung verhinderten. Zivilcourage die vielen heutzutage abhandengekommen ist.

Die Demonstranten (darunter auch ein Stadtverordneter der DKP/OL-Fraktion Mörfelden-Walldorf), die am 10. Februar 2005 im Flughafen demonstrierten erhielten vom „guten Nachbar“ Fraport Hausverbot.



Über 100.000 Einwendungen gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens wurden beim Regierungspräsidenten in Darmstadt abgegeben. Die hohe Zahl an Einwendungen zeigt die Kraft der Bürgerinnen und Bürger der Region gegen die Ausbauabsicht des Flughafenbetreibers Fraport. Mit dem Ausbau setzt Fraport und die sie unterstützende Hessische Landesregierung die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion aufs Spiel, schränkt ihre Lebensqualität, ihr Grundrecht auf freie Entfaltung massiv ein und entwertet ihr Eigentum. Es ist Zeit, dass noch mehr Menschen darüber nachdenken und gegen die Ausbaupläne aktiv werden.

## Öde im Stadtkern

Großgeschäfte im Grünen – Öde in den Innenstädten. Ein altes Thema. Durch die Ansiedlung großer Einkaufszentren an den Stadträndern veröden die Innenstädte. Das ist nicht auf Mörfelden-Walldorf beschränkt; mit diesem Problem haben auch Großstädte wie Frankfurt, Wiesbaden oder Darmstadt zu kämpfen. Jede Kommune wollte Großläden haben, die Kaufkraft anziehen. Bereitwillig wurden Baugebiete an der Peripherie erschlossen. Und die Entwicklung ist nicht abgeschlossen.

Das Problem ist erkannt. Selbst der „Planungsverband Ballungsraum Rhein-Main“ will noch retten, was eigentlich nicht mehr zu retten ist. Er will einen „Leitbildprozess“ in Gang setzen. Ob das als Alibi dienen soll gegen den Vorwurf der bisherigen Inaktivität? Der Herr des Verfahrens sind doch schon nicht mehr die Städte, sondern die Konzerne. Sie setzen die Kommunen unter Druck: „Entweder sind noch größere Läden möglich oder wir gehen weg!“

Die SPD/FDP-Koalition präsentierte nun einen Antrag, der der „kleinen“ städtischen Geschäftswelt helfen soll. Ein Wirtschaftsfond zur Förderung des örtlichen Einzelhandels soll gegründet werden. Eine zu gründende Marketinggesellschaft (100%ige Tochter der Stadt) könnte Bürgschaften und Darlehen gewähren (auch mit nachrangiger Besicherung), evtl. finanzielle Zuschüsse bereitstellen oder gar sich an den Unternehmen beteiligen.

Es handelt sich in jedem Fall um „Risikokapital“, das die Stadt nicht hat und das sie sich ihrerseits bei Banken leihen müsste. Ob das der richtige Weg ist, der Misere des örtlichen Einzelhandels zu begegnen, darf bezweifelt werden. Läuft ein Geschäft gut, will man den Staat nicht haben, läuft es schlecht, erschallt der Ruf nach staatlicher Hilfe. Sollen jetzt auch die Stadt der „Pfleger am Krankenbett des Kapitalismus“ sein? Soll mit den Steuer- und Gebührengroschen der kleinen Leute auch noch klamme Geschäfte gefördert werden?

Da bleiben viele Fragen. Unter anderem die: wer dachte sich das wohl wieder aus?

R. D.

**blickpunkt**

Besuchen sie uns im Internet  
[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)

## Kundenbindung

Wenn alle des Gleiche tun, neutralisiert sich der angepeilte Effekt. Großmärkte, Gaststätten, Friseure, Bäcker, Tankstellen etc.; alle hantieren mit der Kundenkarte. Durch ein Bonuspunktesystem soll der Kunde an das Geschäft oder die Marke gebunden werden. (Früher gab es Rabattmärkchen, Indianerbilder usw. für bestimmte Margarine oder Nudeln.) Nun soll, nach den Vorstellungen der SPD/FDP-Koalition in der Mörfelden-Walldorfer Geschäftswelt dieses (Un)wesen ebenfalls eingeführt werden. Die Bevölkerung soll damit gelockt werden am Orte einzukaufen. Für die Bonuspunkte gibt es dann Vergünstigungen etwa bei städtischen Kulturveranstaltungen. Vielleicht bekommt man nach Jahren des Punktesammelns eine Kaffeemaschine, eine Stehlampe oder ein Taschenmesser.

Man bedenke: Alle diese „Geschenke“ sind vom Kunden über den Preis bezahlt. Und ob das Bonussystem von den Geschäften angenommen und eingeführt wird (denn die Einführung kostet Geld) und der hiesigen Geschäftswelt hilft, ist sehr fraglich.

R. D.

## Was ist mit der Müllbroschüre?

Zum Jahresende erhielten die Bürger unserer Stadt seither immer eine Broschüre mit Wandkalender, aus dem die einzelnen Müll-Abholtermine des kommenden Jahres ersichtlich sind. Wenn es auch in der Vergangenheit manchmal mit dem rechtzeitigen Verteilen gehapert hat, so hat es dieses Jahr überhaupt nicht funktioniert.

Bis Ende Februar waren immer noch einzelne Strassenzüge nicht ausgetragen. Viele Bürger wußten nicht, wann sie nun diese oder jene Tonne auf die Strasse stellen sollen. Hinzu kommt, dass sich einzelne Termine geändert haben d.h. wenn seither die graue und auch blaue Tonne donnerstags geleert wurde ist dies nun freitags der Fall.

Bei einem Anruf im Ordnungsamt war zu erfahren, dass es mit der Austrägerfirma nicht klappte und dass Bürger, die anrufen die Broschüre mit Kalender per Post erhalten. Eine teure Angelegenheit, die eigentlich nicht passieren dürfte.

Bis 1. März hatten sich 1140 Personen die Broschüre selbst abgeholt. H. H.

## Ärgerlich

Der Magistrat unserer Stadt hat beschlossen, die Öffnungszeiten des Waldschwimmbades in der kommenden Saison von bisher 86 auf 81 Stunden in der Woche zu verkürzen. Um das zu erreichen wurden neue Öffnungszeiten festgelegt. So soll das Bad künftig in der Woche fast jeden Tag zu einer anderen Zeit öffnen und schließen (siehe Kasten). Dies wird besonders bei den Bürgern, die regelmäßig das Bad besuchen zu grossen Irritationen führen. Verärgerung wird bestimmt auslösen, wenn der Einlass montags erst um 12.00 Uhr möglich ist. Die DKP/OL-Fraktion hat in einem Antrag in der jüngsten Sitzung des Stadtparlaments gefordert, es bei den bisherigen Öffnungszeiten zu belassen und die bereits erfolgten Eintrittspreiserhöhungen zurückzunehmen. Leider fand dieser Antrag im Parlament keine Mehrheit. Der erste Stadtrat Becker meinte zu den Öffnungszeiten, dass das Mörfelder Schwimmbad auch mit einer wöchentlichen Öffnungszeit von 81 Stunden immer noch an der Spitze des Kreises liege. „Sollte die Volksseele aber trotzdem kochen, werden wir natürlich noch einmal darüber nachdenken“.

H.H.

### Neue Schwimmbad-Öffnungszeiten:

Montag	von 12.00 - 20.00 Uhr
Dienstag	von 7.30 - 20.00 Uhr
Mittwoch	von 9.30 - 21.00 Uhr
Donnerstag	von 7.30 - 20.00 Uhr
Freitag	von 9.30 - 21.00 Uhr
Samstag	von 8.00 - 21.00 Uhr
Sonn- u. Feiertag	von 8.00 - 20.00 Uhr

## Leserbrief

**Anbei ein Beitrag zu Ihrer Anfrage betr. EU-Verfassung. Für eine Veröffentlichung wäre ich Ihnen dankbar.**

*„Ungeachtet der eigenen politischen Anschauung finde ich Ihre Fragestellung durchaus legitim.*

*Es ist ausgesprochener Hohn, daß unserer Staat, der doch so gern den mündigen Bürger in den Mittelpunkt stellt, uns bevormundet, indem er unsere Meinung bei wichtigen Entscheidungen ignoriert. Was bei unseren Nachbarn recht ist, muß auch bei uns billig sein. Oder herrscht bei uns noch immer die Vorstellung vom Untertan?*

*Mehr als 80 Millionen sind deshalb aufgerufen zu fordern, daß uns der Entwurf vorgelegt und eine Abstimmung darüber notfalls erzwungen wird.“* W. Pflug

# Unterwegs in Torre Pellice

Torre Pellice ist die jüngste Partnerstadt von Mörfelden-Walldorf. Besonders des Stadtteils Walldorf, denn Torre Pellice ist das Zentrum der waldensischen Kirche in Oberitalien, und Walldorf wurde 1699 von vertriebenen Waldensern gegründet.

Eine naheliegende, sinnvolle Städte-Verbindung.

Besucht man die neue Partnerstadt, wird diese Geschichte greifbar. „Valdese“ (waldensisch) ist ein häufiges Wort in der Stadt. Es gibt das Museo Storico Valdese, das Collegio Valdese und die Casa Valdese, die Tavola Valdese und die Società di Studi Valdesi.



Aber am Ende der via Charles Beckwith springt auf einmal in großen Buchstaben das deutsche Wort „Lager“ ins Auge. „Ai Caduti dei Lager“ (Für die Toten der Lager) lautet die Inschrift auf einem Denkmal, das an die Bewohner Torre Pellices erinnert, die in deutschen KZs umgebracht wurden.

Keine 20 Meter weiter liegen frische Blumen an einem anderen Denkmal, auf dem neben einer steinernen Fackel eine alte Maschinenpistole daran erinnert, dass der waldensische Wappenspruch der Stadt „Fortitudo Timorem Pellit“ (Tapferkeit vertreibt die Furcht) auch in der Zeit des Faschismus keine hohle Phrase war.

Hier wird derjenigen gedacht, die den demokratischen Widerstand in die Berge trugen, als die mit deutschen Waffen errichtete „Republik von Salò“, an der Spitze der Diktator Mussolini, von September 1943 bis April 1945 in Norditalien ihren unbeschreiblichen Terror entfaltete.

Und jetzt fügen sich auch weitere Straßennamen von Torre Pellice ins Bild: Die Via Caduti della Libertà (Straße der für

die Freiheit Gefallenen). Die Via Deportati ed Internati - sie erinnert an die Verschleppten der Nazis mit einem Zusatzschild, das eine Welt ohne Stacheldraht fordert. Die Via XXV Aprile (Straße des 25. April) - sie erinnert an das Ende der Mussolini-Diktatur und den demokratischen Neubeginn im Jahr 1945.

Progressive waldensische Pastoren und Gemeindemitglieder haben in dieser „Resistenza“ eine große Rolle gespielt. Aber nicht nur die waldensische Kirche und ihre Tradition des Widerstandes wird in Torre Pellice mit Straßenbenennungen gewürdigt.

Der Corso Matteotti ist benannt nach Giacomo Matteotti, dem Sozialistenführer, der schon 1924 von den Faschisten ermordet wurde, und der Corso Gramsci hat seinen Namen von dem Kommunisten Antonio Gramsci, der 1937 nach vielen Jahren politischer Haft im Gefängnis-Krankenhaus in Rom starb.

Hier stellt sich uns die Frage: Warum hat all dies in den Verschwisterungsfeierlichkeiten und im bisherigen Austausch keine sichtbare Rolle gespielt? Warum beschränkt man sich mehr oder weniger auf die waldensische Genealogie als Zentralthema der Städtepartnerschaft? Es liegt doch auf der Hand, dass eine



*Die Fackel der Waldenser und die Maschinenpistole der Partisanen erinnern an den gemeinsamen demokratischen Widerstand gegen den Faschismus 1943-1945*

Stadt wie Mörfelden-Walldorf, die auch in ihren Straßennamen an Sozialisten und Kommunisten erinnert, an Thälmann, Bebel, Liebknecht, die den Toten des Faschismus ein Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Außenlagers in Walldorf gesetzt hat, eine Stadt, die freundschaftlichen Kontakt mit Überlebenden des ehemaligen Außenlagers pflegt, mit Torre Pellice noch weit mehr Gemeinsamkeiten hat als das waldensische Erbe.

Wir denken, es ist an der Zeit, unsere Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der Geschichte auch mit unseren neuen Städtepartnern von Torre Pellice zu teilen. Alfred J. Arndt



*Denkmal für die Toten der Konzentrationslager in Torre Pellice. Im marmornen Totenbuch findet sich auch der Waldenser-Name Gaydoul*

# Als die Nacht verging: März 1945

## Aus dem Kreistag



### Antrag der PDS/OL-Fraktion Feierstunde für Wilhelm Hammann im Kreistag Groß-Gerau

In der Nacht zum 23. März 1945 ist keine Ruhe in Mörfelden. Es gibt Truppenbewegungen von West nach Ost; in einem schrecklichen Zug werden Gefangene und Häftlinge durch Mörfelden getrieben. Täglich kommt der Gefechtslärm näher. Mörfelden ist in diesen Tagen fast frei vom Militär. Als jedoch zwei versprengte Wehrmachtspanzer am Nachmittag des 24. März durch den leergefegten Ort fahren, kommt es zum ersten direkten Beschuss durch die amerikanische Artillerie. Ihre ständig kreisenden Artillerie-Aufklärer hatten sie erspäht. Es gibt Einschüsse u. a. in der Brückenstraße, Langener Straße, Groß-Gerauer Straße, in der Mittelgasse und in der heutigen Liebnechtstraße. Schon während des Beschusses werden in Mörfelden zwei weiße Fahnen gehißt.

Eine weht am alten hölzernen Sprungturm des Schwimmbades; Ernst Schulmeyer aus der Groß-Gerauer Straße

darauf türmen die Mörfelder Obernazis und Vertreter des Landratsamtes, die in den vorangegangenen Tagen in Mörfelden residiert haben, mit dem Feuerwehrauto. Zuvor haben sie in der Bürgermeisterei ein letztes Gelage veranstaltet. Die zurückflutende Wehrmacht sprengt die Brücken; auch die Autobahnbrücke (Straße nach Langen) fliegt in die Luft.

Die meisten Mörfelder Buben und Männer lassen sich jedoch nicht mehr zum Volkssturm pressen. Sie verstecken sich im Wald.

Am Sonntag, 25. März 1945, nachmittags, ist es soweit. Amerikanischen Truppen betreten Mörfelden. Die ersten kommen die Groß-Gerauer Straße herauf, an der Spitze ein Offizier mit gezogener Pistole. Gleichzeitig rollen amerikanische Panzer vom Oberwald her auf Mörfelden zu. Es gibt keinen Widerstand. Jetzt hat Mörfelden geflaggt. Schon in der Groß-Gerauer Straße hängen sieben weiße Fahnen. In der Langgasse gibt es nicht ein Haus, bei dem nicht wenigstens ein weißes Bettuch am Fenster hängt.

In der folgenden Nacht können die Mörfelder zum ersten Mal seit langen Jahren wieder ruhig schlafen. Zwar muß die Verdunkelung noch bleiben, zwar hört man die amerikanische Artillerie, aber man weiß, es wird kein Sirenenengeheul geben, es werden keine Bomben fallen.

Aus: "Die Stadtfarbe ist rot!" (1976)

Mehr Geschichte gibt es unter:  
[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)

hatte sie aufgehängt. Die andere wird von den Mörfelder Bürgern Heinrich Avemary und Karl Dammel ("Schmidt-Karl") auf dem Gebäude der alten Schule in der Bahnhofstraße gehißt. Ein Angehöriger der Naziwehrmacht reißt sie noch einmal herunter.

Auch in der Nacht vom Samstag auf Sonntag gibt es kein Schlafen in Mörfelden. Es wird "ausgeschellt", die letzten Meldungen verlesen. Frauen und Kinder sollen Mörfelden verlassen, der Volkssturm soll in Richtung Dietzenbach ausrücken. Wenige Stunden später läutet erneut der "Ausscheller", alle Männer der Jahrgänge zwischen 1890 und 1930 sollen sich sofort melden. Gerüchte gehen um: "In der Bürgermeisterei sitzt die SS." Die Mörfelder Nazis verbrennen die Akten - sie finden nicht den Mut, die Jugendlichen, die sich zum Volkssturm melden, nach Hause zu schicken. Bald

Der Kreistag möge beschließen:

„Der Kreistag ehrt im laufenden Jahr Wilhelm Hammann, den ersten Landrat des Kreises Groß-Gerau nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, mit einer Feierstunde.“

*Begründung:*

*Am 8. Mai 2005 ist der 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus.*

*Im Juli 1945 wurde Wilhelm Hammann, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, von einer Bürgermeisterversammlung zum Landrat des Kreises Groß-Gerau gewählt.*

*Im Oktober 1945 wird er von der Hessischen Landesregierung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Landrat ernannt.*

*Aufgrund von Denunziationen wurde er von der US-Besatzungsmacht abgesetzt und in das ehemalige KZ Dachau verschleppt.*

*Später war er als Kreistagsabgeordneter bis zu seinem Tod im Juli 1955 Fraktionsvorsitzender der KPD im Kreistag Groß-Gerau.*

*Die israelische Stiftung „Yad Vashem“ verlieh ihm 1984 als Retter der Kinder von Buchenwald den Titel „Gerechter unter den Völkern“.*

*Mit einer Feierstunde zu Ehren Wilhelm Hammanns würdigt der Kreistag eindrucksvoll den demokratischen Neubeginn nach 1945 und setzt ein deutliches Signal in der Auseinandersetzung mit den Neonazis, die in unserem Land heute wieder die Köpfe heben.*

Gerd Schulmeyer  
Fraktionsvorsitzender



Herzlichen Dank allen, die dem  
„blickpunkt“ helfen.

Das „blickpunkt“-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419, BLZ 50852553



## Zum Gedenken an Michael Denk

Der „Denke-Michel“ ist am 9. Februar 2005 im Alter von 92 Jahren gestorben. Mit ihm verliert die Deutsche Kommunistische Partei einen Genossen, der über 75 Jahre aktiv für die Interessen der arbeitenden Menschen eingetreten ist. Sehr früh wurde er Mitglied der Gewerkschaft, im Kommunistischen Jugendverband und in der Kommunistischen Partei. Er war zutiefst davon überzeugt, dass diese Welt zu verändern ist und die Zukunft dem Sozialismus gehört, einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg. Er setzte sich im Betrieb, im Parlament und auf der Straße für Frieden und soziale Gerechtigkeit ein.

Bert Brecht schreibt in seinem Gedicht „Lob des Revolutionärs“: *„Wenn die Unterdrückung zunimmt werden viele entmutigt aber sein Mut wächst. Er organisiert seinen Kampf um den Lohn groschen, um das Teewasser und um die Macht im Staat. ....“* Politische Anfeindungen, Nazi-terror, Verfolgung, Verbot seiner Partei - in der Weimarer Republik, unter Hitler und in der Bundesrepublik Deutschland unter Adenauer – haben ihn nicht von seiner Überzeugung abgebracht. „Denke-Michel“ - Oberpolier, Betriebsrat, Kommunist, Parlamentarier, in unserer Stadt jahrzehntelang Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft - hat auf vielen Arbeitsfeldern Spuren hinterlassen. Dafür danken wir ihm und werden in seinem Sinn weiter arbeiten.

DKP Mörfelden-Walldorf

## Leserbrief

### Räuber

87% Gewinnsteigerung und 6400 Entlassungen. Dachte Schiller beim Verfassen seines Dramas „Die Räuber“, das von „Fürstenwillkür“ und „Tyrannei“ spricht, an die Deutsche Bank? Wenn SPD-Politikerinnen wie Heide Simonis oder Andrea Ypsilanti eine radikalere Sprache sprechen, liegt es am Wahlkampf oder an der Verdeckung eigener Unfähigkeit oder fehlendem Wollen, etwas zu verändern.

„Die Deutsche Bank ist kein Sozialamt!“ Das ist ein Satz, den schon Ludwig Erhard, CDU-Kanzler und „Vater“ der sog. sozialen Marktwirtschaft, so formulierte. Die Marktwirtschaft lebt von Egoismus der Einzelnen; die „Moral“ muss ihr erst (vom sozial orientierten Staat) eingeimpft werden. Der Arbeitsanfall und die Gewinnerwartung bestimmen die Anzahl der Beschäftigten.

Wenn sich gerade Christ- und Sozialdemokraten in trauter Eintracht darüber empören, dass sich die wirtschaftlichen Akteure systemgerecht verhalten (und das tun sie in einem Staat, der sie nicht

daran hindert), scheint mir das weniger mit christlicher oder sozialer Gesinnung zu tun zu haben, sondern vor allem mit dem kläglichen Versuch, ein Ventil zu finden für den öffentlichen Druck, der sowohl auf SPD und Grünen lastet, die durch ihre Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik die Schwächsten dieser Gesellschaft unmoralisch drücken und den Reichen obszöne Möglichkeiten zur Vermehrung ihres Reichtums verschaffen, als auch der auf der „christlichen“ Opposition, die dieselbe Politik nur „noch besser“ betreiben möchte.

Über 5 Millionen Arbeitslose (darüber hinaus nochmals 1,5 Mill. nicht registrierte), bei 38 Millionen Beschäftigten, von denen gerade noch 16 Mill. in Vollzeit arbeiten und die in ganz erheblichem Maße die Deckung des Steueraufkommens unserer Republik absichern! Aber immer noch wird Arbeitslosen, Berufstätigen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und mit sinkendem Einkommen die direkte Schuld an der schlechten Lage öffentlicher Haushalte vorgeworfen. Von ihnen wird Verzicht gefordert und Förderung für etwas versprochen, was es nicht mehr gibt: produktive, reell und gerecht bezahlte Arbeit. Name der Red. bekannt



## Kampftag für Frauenrechte oder Farb- und Stilberatung

Am 8. März, dem „Internationalen Frauentag“ verteilte die DKP in unserer Stadt rote Nelken. In einem gleichzeitig verteilten Flugblatt hieß es u.a.: *„In Deutschland werden über 90 Prozent der Kleidung in der Textilindustrie Lateinamerikas, Asiens und Osteuropas produziert. In den Zulieferbetrieben und Fabriken der großen Bekleidungsfirmen werden die Menschenrechte von Frauen massiv verletzt. So verkündet beispielsweise Tchibo seinen Kundinnen und Kunden: „Jede Woche eine neue Welt“. Für die Textilarbeiterinnen bedeutet diese neue Welt bis zu 90 Arbeitsstunden an sieben Tagen in der Woche, totale Überwachung am Arbeitsplatz, gesundheitliche Schäden durch die Arbeit, strengstes Verbot sich gewerkschaftlich zu organisieren. Oder einfacher gesagt: Eine Welt der Unterdrückung. ...“*

*Vor Weihnachten hat ein Buch der Gewerkschaft ver.di Aufsehen erregt: Das „Schwarzbuch Lidl“. Beschäftigte berichten über Angst am Arbeitsplatz, unerträgliche Arbeitsbedingungen, unbezahlte Mehrarbeit, Willkür und Überwachung, Verhinderungen von Betriebsratswahlen, Einkommen, die nicht zum Leben reichen. Das alles gibt es auch im Deutschland des 21. Jahrhunderts. Und nicht nur bei Lidl bleiben die Rechte von Beschäftigten – zum überwiegenden Teil Frauen – auf der Strecke. Die US-Supermarktkette „Wal-Mart“ hält öfters mal die Gesetze nicht ein oder droht mit der Schließung von Filialen, wenn Betriebsräte/innen die Forderungen der Arbeitgeber zur Arbeitszeit nicht akzeptieren.“*

Im Flugblatt wird auf die Geschichte des Internationalen Frauentags hingewiesen und belegt: Der Kampf um Frauenrechte bleibt aktuell und ist bitter notwendig. Ein totale Fehlentwicklung gibt es aber auch: Im Kreis Groß-Gerau wird zum Frauentag u.a. „Farb- und Stilberatung“ angeboten.

# Stadtgeschichten



Ein Blick in die Schreinerwerkstatt von Fritz Schulmeyer, in Mörfelden auch „Gärtners Fritz“ genannt, im Jahre 1929. Er gründete den Betrieb als Bau- und Möbelschreinerei mit Möbelhandlung im Jahre 1926 in der Rüsselsheimer Strasse, damals noch „Außerhalb“, und führte diesen 30 Jahre lang bis zu der Übergabe an seinen Sohn Robert 1956. Es wurden überwiegend Holzfenster, aber auch Türen und Küchenschränke produziert. Links im Bild ist seine Hobelmaschine mit Abrichte zu sehen und rechts steht eine Tischfräse. Vater und Sohn betrieben zusätzlich noch ein Bestattungsinstitut, das Robert noch 38 Jahre - bis zu seinem Tode 1994 - weiterführte. Als die großen Möbelhäuser noch nicht bestanden haben nicht wenige Mörfelder ihre Wohn- oder Schlafzimmereinrichtung bei ortsansässigen Schreinereien mit Möbelhandlung, so auch beim „Gärtners Fritz“, gekauft.



Auf unserem Foto sehen wir von rechts: Den Lehrling Wilhelm Hartwig, der später selbst eine Schreinerei mit Möbelhandlung gründete, die heute noch von seinen beiden Söhnen weitergeführt wird. Links neben ihm, auf der Werkbank sitzend, der damals dreijährige Robert Schulmeyer genannt „Ro“ und daneben Georg Gölzenleuchter. Ganz links steht der Meister, Fritz Schulmeyer.

## Aus dem Programm:



## KuBa

14. März, 20 Uhr  
**HörBar**  
Alfred Hitchcocks „Die drei ???  
und das Gespensterschloß“  
Hörspielabend  
Spieldauer: 60 Minuten

20. März, 9.30-12.30 Uhr  
**Abgabeflohmarkt**  
für Baby- und Kinderkleidung,  
Spielzeug u. v. m.

Nummernvergabe S. Giegerich  
Tel. 06105/450922

20. März, 19 Uhr  
**Gleis 1**  
Chill out-Lounge.

21. März, 20 Uhr  
**Venezuela**  
eine Alternative gegen Armut und  
Arbeitslosigkeit  
Diskussion-Information  
Referent Candelario Reina.

24. März, 20 Uhr  
**Was liest Du?**  
Der Bücherabend im KuBa.

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der is so faul,  
den trete  
nochemol die Hinkel  
im Bett dood.